

jedoch mit der Bestimmung, daß die Festsetzung der Tonnage und der Abschluß von Lieferungsverträgen von der Zustimmung des Parlaments abhängig gemacht werden müßte. Ferner werden in der gleichen Zeit gebaut werden ein Aviso für die weite Fahrt, ein Küstentransportschiff und vier Begleiter. Die für diese Einheiten bereitgestellten Mittel betragen 193 521 000 Francs.

## Siebendreiviertelstunden-Schicht

Annahme des Genfer Arbeitszeitabkommens.

Genf, 19. Juni.

Die Internationale Arbeitskonferenz hat am Donnerstag den im vorigen Jahr gescheiterten Entwurf eines Uebereinkommens zur Festsetzung der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken in der Schlussabstimmung mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit angenommen. Für das Abkommen haben 81 Delegierte, dagegen zwei Delegierte gestimmt.

Die Arbeitgebergruppe hat sich geschlossen der Stimme enthalten in der Annahme, dadurch die Beschlussfähigkeit der Versammlung herbeizuführen und die Konvention zu Fall zu bringen. Gegen die Konvention haben die beiden portugiesischen Regierungsvertreter gestimmt, die Uebersee-Staaten haben sich zum Teil der Stimme enthalten. Die deutsche Regierung und der deutsche Arbeitnehmervertreter haben auch diesmal für die Konvention gestimmt. Das Abkommen tritt nunmehr in Kraft sechs Monate, nachdem zwei der folgenden Bergbaureichenden Staaten das Abkommen ratifiziert haben: Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Holland, Polen und die Tschechoslowakei.

Die Konvention bedeutet die internationale Einführung der 7 1/4-stündigen Arbeitsschicht im Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau und die Anwendung des Washingtoner Achtstundens-Abkommens auf den Steinkohlen- und Braunkohlen-Tagbau; außerdem bringt die Konvention eine gewisse internationale Einheitlichkeit in der Regelung der Ueberstunden.

Drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens soll nach den Beschlüssen der Konferenz über eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit in den Kohlenbergwerken verhandelt und beschlossen werden. Außer seiner sozialen hat das Abkommen noch eine besondere wirtschaftliche Bedeutung insofern, als es die Grundlage für eine wirtschaftliche Verständigung der Kohle produzierenden Länder über die Verteilung der Märkte bilden soll. Verhandlungen darüber dürften unter maßgebender Mitwirkung des Völkerbundes durchgeführt werden.

Mit der Annahme dieser Konvention hat die 15. Internationale Arbeitskonferenz nach dreiwöchiger Dauer ihren Abschluß gefunden. Der größte Teil der öffentlichen Verhandlungen der Konferenz war ausgefüllt mit einer eingehenden Debatte über die Arbeitslosigkeit. Die Debatte bestätigte sehr eindrucksvoll, daß fast jedes Land, auch außerhalb Europas, unter einer abnormen Wirtschaftskrise leidet, daß kaum ein Land von der Arbeitslosigkeit verschont geblieben ist. Die verschiedenen Vorschläge, die das Internationale Arbeitsamt zur Bekämpfung und Verhinderung der Arbeitslosigkeit der Konferenz vorgelegt hatte, fanden eine geteilte Aufnahme. Fast sämtliche Redner betonten die internationalen Zusammenhänge der Krise und die Notwendigkeit, durch gemeinsame Zusammenarbeit nach Abhilfe zu suchen.

## Keine Inflationsgefahr

Berlin, 19. Juni.

Das Institut für Konjunkturforschung stellt in einer Betrachtung über die Abnahme des Bestandes an Deckungsmitteln der Reichsbank sowie über die Diskonterhöhung abschließend fest, daß in jedem Falle der Reichsbank ausreichende Möglichkeiten zur Verfügung stehen, die Herrschaft über den Devisenmarkt wiederzuerlangen. Nötigenfalls würde sich mit den Diskontmaßnahmen eine Restriktion der Reichsbankkredite zu verbinden lassen.

Die vielfach gefürchtete Gefahr einer Markentwertung besteht bei den geltenden Bestimmungen jedenfalls nicht. Krediteinengung führt zu einem Druck auf die Preise, also zu einer Erhöhung des Geldwertes. Sie bewirkt damit gerade das Gegenteil einer Inflation.

## Abschluß des 250-Millionen-Kredits

Berlin, 19. Juni.

Die Verhandlung über die Gewährung eines Kredits von 250 Millionen Reichsmark an das Reich sind abgeschlossen. Es handelt sich um einen reinen Kassenkredit, dessen Abdeckung durch die normalen Einnahmen sowie durch die auf Grund der Notverordnung zu erwartenden Erparnisse und Eingänge sichergestellt ist.

Die Auszahlung des Kredits erfolgt teils im Juni, teils im Juli. Ueber den empfangenen Betrag werden Schatzanweisungen mit dreimonatiger Laufzeit ausgestellt, die bei Fälligkeit bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1931 verlängert werden können. Für die Zinsberechnung bildet der jeweilige Reichsbankdiskont im Zeitpunkt der Auszahlung die Grundlage.

## Die Aufgaben des Agrarkreditinstituts

London, 19. Juni.

Die Aufgabe der vom Europa-Ausschuß gegründeten Internationalen landwirtschaftlichen Hypothekendar-Kredit-Gesellschaft soll nach Mitteilungen Hendersons darin bestehen, den Landwirten in Zentral- und Osteuropa einschließlich Oesterreichs durch Vermittlung der Zentralbanken Anleihen und Hypotheken zu gewähren, um ihnen insbesondere bei dem Uebergang vom Weizenbau zu anderen Formen der landwirtschaftlichen Produktion beizustehen. Man hofft, in den verschiedenen Finanzzentren 10 Millionen Pfund aufzubringen, wovon zunächst eine Million ausgegeben werden sollen.

## Klage wegen Kartellverstoßes

Berlin, 19. Juni.

Der Reichswirtschaftsminister hat nach Meldungen in der Presse gegen den süddeutschen Kohlenwirtschaftsverband und noch acht andere Wirtschaftsverbände sowie Kohlen-großhandelsverbände (Stuttgart, Reutlingen, Mannheim) wegen Verstoßes gegen die Kartellverordnung beim Kartellgericht Berlin Strafantrag gestellt. Der Verband hatte über mehr als 100 süddeutsche Kohlenhandlungen die Sperte verhängt, ohne die vorgeforderte Einwilligung des Kartellgerichtsvorsitzenden zu dieser Maßnahme einzuholen.

# Mellons „Erholungs“-Besuch

Eingehende Besprechungen mit MacDonald und Henderson

London, 19. Juni.

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon hat bereits an den ersten beiden Tagen seines Londoner Aufenthalts ein äußerst emsige Tätigkeit entwickelt und sowohl am Mittwoch die am Donnerstag eingehende Besprechungen mit dem Premierminister MacDonald und dem Außenminister Henderson gehabt. Ferner hatte er eine Konferenz mit dem Gouverneur der Bank von England, Montague Norman. Weitere Besprechungen sind mit dem englischen Schatzkanzler Snowden vorgezogen — es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß es sich in all diesen Zusammenkünften um „private“ Unterredungen gehandelt hat. Es wird denn auch bereits mit aller Bestimmtheit versichert, daß es sich bei den Unterredungen um das Schulden- und Tripulprobleme handelt.

Dabei soll die Lage in Deutschland und Oesterreich im Vordergrund der Erwägungen gestanden haben. Es ist erklärlich, daß bisher noch keinerlei Mitteilungen gemacht wurden, und es ist ebenso selbstverständlich, daß die Besprechungen noch kein abschließendes Ergebnis haben konnten.

Es scheint jetzt auch festzustehen, daß Mellon auf seiner Europareise auch Deutschland besuchen wird. Sein Interesse als Schatzsekretär erstreckt sich begreiflicherweise auf die schwebenden europäischen Finanzprobleme, während Staatssekretär Stimson sich aller Voraussicht nach in der Hauptsache mit der Abrüstungsfrage befassen wird. Von Mellon weiß man, daß er bisher den Standpunkt vertrat, daß Schulden eben Schulden sind, und daß eine Verteilung der interalliierten Schulden mit den Tribut nicht gegeben sei. Gewisse Anzeichen deuten aber darauf hin, daß der amerikanische Standpunkt in der letzten Zeit zwar theoretisch aufrechterhalten, praktisch aber nach einer anderen Lösung gesucht wird. Man ist sich völlig darüber klar, daß die enge Verbindung zwischen beiden Problemen, wie sie vor allem von den europäischen Gläubigerstaaten Deutschland gegenüber vertreten wird, von Amerika nicht ohne weiteres übersehen werden kann, wenn es Interesse daran hat, die Abhängigkeit der Weltwirtschaftskrisis von diesen beiden Problemen auszuräumen.

Es ist bei den von Mellon bisher in London geführten Besprechungen übrigens von besonderem Interesse, daß am Donnerstag nach der zweiten Unterredung zwischen dem amerikanischen Schatzsekretär und dem englischen Premier durch Reuters die Nachricht verbreitet wurde, daß MacDonald und Henderson ihren Gegenbesuch in Berlin für den 17. Juli angefragt hätten.

## Der englische Besuch

Berlin, 19. Juni.

Die Londoner Meldung über den Berliner Besuch MacDonalds und Hendersons wird bestätigt, und zwar sind für den Aufenthalt drei Tage, der 17., der 18., und der 19. Juli, vorgezogen.

Die englischen Gäste dürften also voraussichtlich Freitag früh in Berlin eintreffen und am darauffolgenden Sonntagabend oder Montag früh zurückreisen. In Berliner politischen Kreisen wird es herzlich begrüßt, daß der Besuch, den man in der Deffektivität vielfach erst im Herbst für möglich hielt, nun doch schon in vier Wochen erfolgen soll, und daß daran nicht nur der englische Außenminister, sondern auch MacDonald selbst beteiligt sein wird.

Ebenso wie vor dem Besuch der deutschen Minister in England, muß auch heute davor gewarnt werden, von der neuen Zusammenkunft außergewöhnliche Ergebnisse zu erwarten.

Das Berliner Beisammensein ist das natürliche Gegenstück zu Chequers. Es bietet Gelegenheit, die dort begonnene freundschaftliche und freimütige Aussprache schon nach sechs Wochen fortzusetzen. Sie wird so zwanglos sein wie damals und alle Fragen umfassen, die die beiden Länder und ihr Verhältnis zu dem übrigen Europa betreffen. Es ist selbstverständlich, daß man sich dabei auch darüber aussprechen wird, wie sich die Situation seit Chequers entwickelt hat.

## Staatssekretär Stimson am 21. Juli in Berlin

Der amerikanische Staatssekretär Stimson wird am 21. Juli in Berlin eintreffen. Er wird vorher Rom und Paris besuchen und dann von Berlin nach London fahren.

Das Datum seines Berliner Besuches ist besonders interessant im Zusammenhang mit dem neuen Zusammenkunft der deutschen und der englischen Staatsmänner.

Stimson wird also schon zwei Tage nach dem Besuch MacDonalds und Hendersons in Berlin weilen, und es wird bereits möglich sein, in den Besprechungen mit ihm die Ergebnisse der deutsch-englischen Aussprache zu verwerfen. Es erscheint besonders bemerkenswert, daß die Fühlungnahme mit den Vertretern der beiden Staaten bereits zu einem so frühen Zeitpunkt stattfindet, um so mehr, als man in Berliner politischen Kreisen für Mitte August die Einleitung der Aktion der Reichsregierung in der Reparationsfrage erwartet.

## Frankreichs Niederlage in Wien

Berlin, 19. Juni.

Wie man in gutunterrichteten diplomatischen Kreisen erklärt, bedeutet die Bevorschussung der österreichischen Garantianleihe durch England zur Sanierung der österreichischen Kreditanstalt eine Maßnahme von größter politischer Bedeutung. Hier ist die englische Initiative einem französischen Vorstoß in der Frage der Zollunion zuvorgekommen, was für die Weitergestaltung der schwebenden internationalen Probleme kaum ohne Einfluß bleiben dürfte. Die französische Politik hatte in Wien ganz unzweideutig erklären lassen, daß ohne einen formellen Verzicht Oesterreichs auf die Zollunion am Pariser Markt kein Geld für Oesterreich zu haben sei. Darüber hinaus wollte Frankreich Oesterreich noch dadurch in völliger Abhängigkeit von Frankreich halten, daß eine Finanzkontrolle eingerichtet werden sollte. Um allen diesen Machinationen den Boden zu entziehen, haben die Engländer über die internationale Bank Oesterreich den Kredit ohne Kautelen zur Verfügung gestellt und damit den französischen Stoß aufgefangen.

Dieser englisch-französische Zwischenfall auf dem Gebiet der europäischen Sanierungspolitik dürfte symptomatisch sein für die Entwicklung der Dinge, die jetzt in Fluß gekommen sind. Es wird versichert, daß zwischen London und

Washington bereits vor Chequers in vielen dieser Entscheidungsfragen grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt werden konnte, um die internationale Politik langsam aus der Katastrophenspolitik Frankreichs zu befreien. Diese sich bildende Front hat mit dem Vorstoß an Oesterreich den ersten Schlag geführt. Weitere dürfen folgen.

## Deutschland und Zollfrieden

Berlin, 19. Juni.

Im englischen Unterhaus sind während der letzten Woche mehrfach Anfragen gestellt worden über den Stand der Ratifikationen des sogenannten Genfer Zollfriedensabkommens vom 24. März 1930. Dabei wurde auch die Entscheidung der deutschen Regierung erwähnt, im Hinblick auf das Scheitern der Konferenz über Inkraftsetzung des Abkommens von der Niederlegung der deutschen Ratifikationsurkunde abzusehen.

Von zuständiger deutscher Seite wird hierzu u. a. erklärt, daß sich die Genfer Konferenz seinerzeit auf eine Inkraftsetzung des Abkommens nicht einigen konnte, und zwar hauptsächlich deshalb nicht, weil der englische Vertreter erklärte, einer Inkraftsetzung vorläufig nicht zustimmen zu können, weil Frankreich bis dahin nicht ratifiziert hatte und auch die Ratifikation nicht unbedingt in Aussicht stellen konnte.

Im übrigen ist das Abkommen, da es nach seinen Bestimmungen zunächst nur bis zum 30. April 1931 gelten sollte, jedoch vor diesem Termin nicht in Kraft gesetzt ist, nunmehr endgültig gescheitert und kann auch durch eine nachträgliche Vereinbarung der beteiligten Regierungen nicht mehr in Kraft gesetzt werden. Die Frage der Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde ist deshalb praktisch bedeutungslos.

## Die Grenze ist erreicht . . .

Minister Wirth auf dem 50. Deutschen Arztetag.

Köln, 18. Juni. Im Gürzenich-Saal wurde Donnerstags vormittag der 50. Deutsche Arztetag eröffnet. Die Feier wurde mit einer Ansprache des Geheimen Sanitätsrat Dr. Dr. h. c. Stauder-Nürnberg eingeleitet, der u. a. erklärte: Mit der allmählichen Entwicklung Deutschlands aus einem Agrarstaat zu einem Industrieland hätten auch staats- und sozialpolitische Probleme in immer stärkerem Maße die Standespolitik der Ärzteschaft bestimmt. Insbesondere das große Werk der deutschen Sozialgesetzgebung sei es, dessen Konstruktions von der Ärzteschaft, die nicht gleichberechtigt mit den Trägern der Versicherungszweige gestellt sei, nicht mit Befriedigung angesehen werden kann. Wohl werde es eine Sozialversicherung des arbeitenden Volkes immer geben müssen, ihre Entwicklung dürfe jedoch nicht zu einer Vernichtung der ärztlichen Freiheit führen.

Der preussische Wohlfahrtsminister Dr. Hirtfelder dankte im Namen der anwesenden Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden. Dankbare Anerkennung gebühre den Maßnahmen, die von der Reichsregierung zur Stützung und Erhaltung unserer sozialen Gesetzgebung getroffen worden seien, so schwer sie auch im einzelnen von den beteiligten Kreisen empfunden werden mögen. Das Verhältnis zwischen Arzt und Patient bestehe nicht mehr in der früheren Unmittelbarkeit, sondern sei Bindungen unterworfen, die in der freien Praxis fehlten und den überlieferten Berufsgewohnheiten widersprächen.

Anschließend überreichte der Minister dem Vorsitzenden, Geheimrat Stauder, in Anerkennung seiner Verdienste um Volksgesundheit und Staat die Bronzemedaille für Verdienste um die Volksgesundheit.

Nach ihm ergriff Reichsinnenminister Dr. Wirth das Wort, der die Glückwünsche der Reichsregierung überbrachte und erklärte, daß die Not in Deutschland, die heute offen vor den Augen aller Welt liege, für unsere Volksgesundheit nicht ohne Folgen bleiben könne. Es bestehe kein Zweifel, daß die ungeheure Arbeitslosigkeit und die ungünstige wirtschaftliche Lage unsere Volksgesundheit schwer bedrohen. Maßnahmen, wie sie die letzte Notverordnung leider vorsehen mußte, hätten die Grenze dessen erreicht, was unserem Volke zugemutet werden könne. Der Augenblick sei gekommen, wo dies den Völkern der Erde, auch dem großen Staate jenseits des Ozeans, klar werden müsse, wenn nicht wieder das Wort erklingen sollte, . . . zu spät!

## Politische Rundschau.

Die Beisehung des Landvolksführers Ernst Höfer.

Der am vergangenen Sonntag verstorbene Landvolksführer Ernst Höfer wurde unter großer Anteilnahme aus Thüringen und dem Reich feierlich beigesetzt. Auf einem Erntewagen, von vier Pferden gezogen, wurde der mit dem grünen Lehrenbanner bedeckte Sarg nach der Ruhestätte im Walde bei Sankt Bernhard (bei Meiningen) geleitet. Die thüringische Staatsregierung war durch die Staatsminister Baum und Dr. Kästner vertreten. Für das Landwirtschaftliche Institut der Universität Jena dankte Professor Willmann dem Dahingeshiedenen als einem Förderer der Wissenschaft und gab seinem Schmerz Ausdruck, daß es der Universität nicht vergönnt gewesen sei, die für den 4. Juli vorgesehene Ernennung Ernst Höfers zum Ehrendoktor durchzuführen.

Organisatorische Zusammenfassung in der oberschlesischen Industrie.

Nach Meldungen der polnischen Presse beabsichtigen der Berg- und Hüttenmännische Verein in Kattowitz, das Polnische Eisenhütten-Syndikat in Kattowitz und der Verband der Berg- und Hüttenindustrie in Sosnowice eine Spitzenorganisation mit dem Sitz in Warschau zu bilden, so daß die gesamte berg- und hüttenmännische Industrie durch eine einzige Korporation vertreten wird. Die größte Kohlenexportfirma Oberschlesiens, Robua, verlegt gleichfalls ihren Sitz von Kattowitz nach Warschau.

Fliegerklub-Unterstände in der Nähe von Paris?

Die Pariser kommunistische „Humanité“ will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß der französische Wege- und Brückenbaubehörde vom Kriegsministerium und vom Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Verordnung zugegangen sei, in der sie aufgefordert werde, in der Gegend von Paris unverzüglich geeignete Plätze zur Anlegung von Unterständen anzugeben, die gegen Fliegerangriffe Schutz bieten.